FWG/Piraten- Kreistagsfraktion Schwalm-Eder - Haushaltsrede 2025

Unsere Demokratie zu bewahren, steht in Zeiten von politischen Herausforderungen und internationalen Spannungen an erster Stelle.

Die Zeit seit 2021 ist durch weltweite Krisen geprägt. Erst war es die Corona-Pandemie, danach sind es die Entwicklungen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zudem schaut man gebannt in den Nahen Osten. Der Terroranschlag der palästinensischen HAMAS, die Geiselnahmen, die militärische Reaktion Israels und die katastrophale Lage der palästinensischen Zivilbevölkerung beschäftigen und belasten uns zunehmend.

Die Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf ist ein Zeichen für den Erhalt von Freiheit und Demokratie. Benehmen, fairer und respektvoller Umgang, nicht nur auf die Gegenleistung zu achten, sind die Attribute eines demokratisch gewählten Staatsoberhauptes.

Diese Attribute verblassen, wenn selbst Weltgeschichte mit vereinfachten X-Nachrichten (Twitter) gemacht wird, wenn ein Präsident erklärt, dass es ihm viel zu aufwändig ist, erst lange Pressemitteilungen zu formulieren um sein Handeln zu erläutern und wenn er Fake News verbreitet, alternative Fakten schafft, mit Zöllen in die Wirtschaft anderer Staaten eingreift und fremde Staatsgebiete kolonialisieren will.

Gerade jetzt, wo so vieles vereinfacht und verallgemeinert wird, wo man nicht mehr die Nuancen sucht, gerade in dieser Zeit wird uns wieder klar wie wenig selbstverständlich es ist, dass wir in einem Land leben, wo jede und jeder sich in seinem Ort, in seiner Stadt, in seinem Landkreis aktiv einbringen und seine Meinung frei äußern kann.

Auf Kreisebene sind es nur hintergründig die weltpolitischen Themen.

Unsere große Herausforderung ist es den Haushalt 2025 aufzustellen.

Gestiegene Preise für Energie, Dienstleistungen, Waren, Bauleistungen, Löhne, Sozialleistungen und natürlich auch deutlich gestiegene Kreditzinsen belasten die öffentlichen Haushalte extrem.

Wie kaum anders zu erwarten war, muss die Kreisumlage deutlich erhöht werden. Der eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung sieht eine 3-prozentige Erhöhung vor. Beim Kreis verbliebe trotzdem ein Defizit von 12,5 Millionen Euro. Da ist es ein schwacher Trost, dass unsere Kreisumlage hessenweit eine der niedrigsten bzw. die niedrigste ist.

Es bleibt festzuhalten: Die guten Jahre sind wohl vorbei.

Trotz gestiegener Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen von etwa 3 Millionen Euro kann das Mehr an Ausgaben vor allem für die Sozialverwaltung (+ 12,9 Millionen Euro), für das Jugendamt (+ 9,2 Millionen Euro) und den Landeswohlfahrtsverband (+ 2,8 Millionen Euro) nicht annähernd gedeckt werden.

Unsere Kindern und Enkeln wird ein gehöriger Rucksack mitgegeben werden.

Steigende Beträge für Sozialleistungen, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, von Energie, Wasser, Abwasser, Müll und natürlich die höhere Grundsteuer werden kommen.

Was bedeutet die Erhöhung der Kreisumlage für unsere Kommunen?

Die Erhöhung der Kreisumlage um 3%-Punkte bedeutet insgesamt rund 10 Millionen Euro mehr Belastung für die 27 Kommunen im Schwalm-Eder-Kreis.

Für Kommunen, die durchaus in ihrer Finanzkraft unterschiedlich stark oder leider mehr als schwach sind.

Um diese Belastung abzumildern schlägt die Koalition von SPD, FWG/Piraten und FDP heute vor, die Kreisumlage lediglich um 2% zu erhöhen.

Mit spitzem Bleistift nachgerechnet sollten 2% ausreichen um mit ausreichender Liquidität durchs Jahr zu kommen.

In Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation eines Teiles der Kreiskommunen ist das vertretbar, vernünftig und gerecht.

Was die Reduzierung der Umlagenerhöhung für die einzelne Kommune bedeutet ist natürlich je nach Haushaltssituation unterschiedlich. Für viele Städte und Gemeinden bedeutet dies aber zuerst:

WENIGER Defizit!

Somit eine geringere Grundsteuererhöhung, die notwendig wäre, um das Defizit zu decken.

Es bedeutet eine echte finanzielle Entlastung, die bei den Bürgern, direkt bei den Menschen im Kreis ankommt!

Es bedeutet, dass die Kommunen, die defizitär geworden wären, vielleicht doch noch den Haushaltsausgleich erreichen können.

Es kann aber auch bedeuten, dass nun doch die Stelle für die Kinderbetreuung, die Jugendpflege oder den Bauhof besetzt werden kann.

Es kann dazu führen, dass die Straße, die schon so lange kaputt war, endlich repariert wird. Auch die neuen Spielgeräte auf dem Spielplatz der 80er Jahre können nun erneuert werden.

Es bedeutet einfach: eine bessere Kommune, ein besseres Lebensumfeld im ländlichen Raum und zufriedener Bürger!

Aber dass wir als Kreistag überhaupt über eine Anhebung der Kreisumlage sprechen müssen, zeigt doch ganz klar:

Die Kommunen, einschließlich der Landkreise, werden von den übergeordneten Ebenen und hier ist das Land als zuständige Fachebene zuerst zu nennen, nicht annähernd mit den notwendigen Mitteln ausgestattet, die für eine, selbst sparsame, kommunale Aufgabenerfüllung zwingend erforderlich sind!

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf die Selbstbedienungsmentalität der schwarz-roten Landesregierung in Wiesbaden. 400 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich - Geld der Kommunen-, hat das Land einfach nicht ausgezahlt und zur Konsolidierung des eigenen Haushalts verwendet – eine echte Schweinerei!

Trotz der unbequemen Begleitumstände ist der heute zur Abstimmung stehende Haushalt das Ergebnis einer guten, soliden und zukunftsweisenden Haushaltspolitik der Kreis-Koalition von SPD, FWG/Piraten und FDP.

Mit dem Änderungsantrag, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt weniger zu erhöhen, erreichen wir nicht nur, dass wir hessenweit auch weiterhin die niedrigste Kreisumlage haben, sondern übernehmen in erheblichem Umfang Verantwortung für unsere Kommunen, die wieder einmal vom Land Hessen im Stich gelassen wurden.

Der veranschlagte Fehlbetrag im Kreishaushalt 2025 von nach der Senkung der Kreisumlage ca. 16 Millionen Euro wird durch die in den letzten Jahren erwirtschaftete Rücklagen ausgeglichen. Hinweisen möchte ich darauf, dass ein Ausgleich in einem solchen Umfang zukünftig allerdings kaum mehr möglich sein wird.

Dem Team der Kämmerei mit der Fachbereichsleiterin Frau Sabrina Zinn möchten wir für die sehr gute und engagierte Arbeit danken. Dafür ein herzliches Dankeschön von der FWG/Piraten-Fraktion, dass ausdrücklich auch für Landrat Becker, Ersten Beigeordneten Kaufmann, die Büroleitung und die anderen Fachbereichsleitungen gilt.

Schauen wir uns einige Positionen von Ergebnishaushalt und Investitionsplanung etwas genauer an:

Personalkosten

Bei den mit ca. 73 Millionen Euro veranschlagten Personalkosten sind die deutlichen Tarifierhöhungen und die Schaffung von zusätzlichen Stellen berücksichtigt – ein mehr an Ausgaben von ca. 6 Millionen Euro. Zusätzliche Stellen werden durch die immer umfangreichere Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land an den Kreis erforderlich.

Soziales:

Im Sozialbereich liegt der Ausgabenschwerpunkt in den Teilhaushalten 50 und 51. Kosten entstehen durch die gesetzlichen Verpflichtungen nach den Sozialgesetzbücher II und VII, sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Erhebliche finanzielle Belastungen entstehen zudem durch die gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Sozialgesetzbuch VIII, sowie dem Unterhaltsvorschussgesetz. Hier sind steigende Ausgaben im stationären Bereich hervorzuheben, besonders im Bereich der Hilfen nach § 19 SGB VIII (gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter/Kinder) und Hilfen nach § 34 SGB VIII (Heimerziehung).

Im Bereich der ambulanten Hilfen steigen seit Jahren die Aufwendungen kontinuierlich an. Im Bereich der Sozialverwaltung reden wir über eine Steigerung von 12,9 Millionen Euro, im Bereich des Jugendamtes von 9,2 Millionen Euro und beim Landeswohlfahrtsverband von 2,8 Millionen Euro.

Für 2025 wurden bereits überplanmäßige Auszahlungen und Aufwendungen in den Teilergebnishaushalten 50 und 51 vom Kreisausschuss beschlossen und vom Kreistag am 24.02.2025 zur Kenntnis genommen.

Gerade die Erhöhungen der letzten Jahre im Bereich der LWV-Umlage machen deutlich, dass es nicht so weiter gehen darf. Wir sind der Meinung, dass das Land und Bund ihre finanzielle Beteiligung erheblich erhöhen müssen – gleichzeitig sollte man beim LWV aber auch die Kosten stärker im Blick haben und eventuell auch nicht vor organisatorischen Änderungen zurückschrecken.

Schulen:

An über 40 Schulen des Schwalm-Eder-Kreises, sowie in den Grundstufen der sechs Förderschulen ist der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem 01.08.2026 für das 1. Schuljahr zu gewährleisten. Zum Schuljahresbeginn 2025/26 werden mindestens 31 Grundschulen dieses rechtsanspruchserfüllende Angebot vorhalten. Mit den weiteren Schulen sind Verwaltung und staatliches Schulamt bereits im Gespräch, um auch hier den Rechtsanspruch erfüllen zu können.

Es wird unter anderem Kooperationsmodelle, wie den "Pakt für den Ganztag" und Mittagsangebote geben. All diese Vorgaben erfordern erhebliche Investitionen im baulichen Bereich, die in Summe unseren Haushalt prägen. An 17 Schulen werden Betreuungsräume und Mensen noch in diesem Jahr fertiggestellt bzw. bis 2028 fertiggestellt sein.

Insgesamt werden im Schulbereich 22,6 Millionen Euro für Ganztagschulbetrieb und Digitalisierung investiert, rund zwei Drittel der Gesamtinvestitionen des Landkreises.

Gesundheitsversorgung - Krankenhaus Melsungen

Ein Thema, das nichts von seiner Aktualität verliert, ist der Fortbestand und die Qualität der medizinischen Versorgung. Im Moment gibt es leider erhebliche Veränderungen in der Krankenhauslandschaft, die zu einer Verkleinerung des medizinischen Angebotes, gerade im ländlichen Raum, führen.

An dieser Stelle möchte ich kurz etwas zum Fortbestand der medizinischen Versorgung in Melsungen sagen: Die Diskussionen der letzten Monate haben gezeigt, dass es ein Krankenhaus in der bisherigen Form in Melsungen nicht mehr geben wird.

Wir sehen immer noch eine realistische Chance für ein medizinisches Versorgungszentrum (intersektorales Gesundheitszentrum), eine Notarztstation und auch für einen Durchgangsarzt. Sicher könnte es in bestimmten medizinischen Bereichen auch Betten geben.

Im Moment wird mit dem Kreiskrankenhaus Rotenburg (Fulda) verhandelt. Seitens des Kreises wird das Bauvorhaben mit einem Investitionszuschuss unterstützt werden.

Aktuell vorgelegter Schriftverkehr mit dem Hessischen Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob alle Beteiligten von dem gleichen Sachstand ausgehen. Während Landkreis und Kreiskrankenhaus Rotenburg auf eine positive Bescheidung ihres Ansinnens ein IGZ zu errichten warten, geht man offenbar beim Ministerium davon aus, dass es keinen Interessenten mehr gibt. Meine Fraktion bittet den Ersten Beigeordneten dies schnellstmöglich aufzuklären und darüber zu berichten.

Förderprogramme

Die Weiterführung von Förderprogrammen durch den Schwalm-Eder-Kreis ist in Zeiten eines nicht ausgeglichenen Haushalts eher schwierig.

Zum 30.06.2025 werden daher die Förderprogramme für die Anschaffung von Haushaltsgeräten, von Obstbäumen, von Mini PV-Anlagen (Balkonkraftwerken), von Wandladestationen und von Batteriespeichern für Photovoltaikanlagen auslaufen.

Der 2017 eingerichtete Kreisausgleichstock, der zuletzt 2023 aufgefüllt wurde, wird Ende 2025 auslaufen. Erhöhte Fördersätze und eine Verschlankung des Antragsverfahrens erleichtern unseren Kommunen die Beantragung der verbliebenen 2,4 Millionen Euro. Ebenso wird die Förderung von Bürgerbussen zum 31.12.2025 beendet.

Das Förderprogramm zur Stärkung der historisch gewachsenen Ortskerne wird modifiziert fortgesetzt. Für die extrem erfolgreiche Förderung privater Investoren wurden von 2021 bis 2024 163 Anträge mit einem Investitionsvolumen von ca. 16 Mill Euro gestellt. Die Förderung durch den Kreis betrug bisher rund 2,5 Millionen Euro (500.000 Euro pro Jahr).

Für den Rad- und Wanderwegebau der Kommunen werden 400.000 € zur Verfügung gestellt, allerdings bei einer Reduzierung der Förderquote und des Höchstbetrages von Einzelmaßnahmen.

Zur Stärkung der Kommunen mit kleineren Hallenbädern werden den Kommunen Niedenstein, Frielendorf, Homberg, Neukirchen, Bad Zwesten und Spangenberg je 20.000 Euro zur Verfügung gestellt. Dadurch sollen längere Öffnungszeiten, höhere Energie- und Personal-

Kosten und viel Engagement zumindest ein wenig honoriert werden.

Zur Förderung der Teilnahme an Schwimmkursen stellt der Kreis 100 Euro pro Kurs und Teilnehmer zur Verfügung.

Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen

Die Nachfrage nach unseren Freizeiteinrichtungen ist gut; das vor Corona-Niveau ist fast erreicht. Der Bedarf an finanziell erschwinglichen Jugendfreizeiten, Familien- und Seniorenreisen ist nach wie vor hoch. Investieren müssen wir im Buchenhaus ca. 100.000 Euro, die Hälfte davon in die Renovierung des Speisesaals. Für Haus Schwalm-Eder auf Sylt, das Jugendcamp Dahme und den Wildpark Knüll stehen Investitionen von etwas mehr als 120.000 Euro an.

Unser Dank für die gute Arbeit geht an die Fachbereichs- und Betriebsleitung!

Abschließend

Eine transparente und verantwortungsvolle Haushaltsplanung ist notwendig, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Es ist entscheidend, einen ausgewogenen Ansatz zu finden, der sowohl die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung als auch die finanzielle Stabilität der öffentlichen Haushalte sichert. Lassen sie uns gemeinsam diese Herausforderung verantwortungsvoll annehmen.

Die FWG/Piraten-Kreistagsfraktion stimmt der Haushaltssatzung 2025 mit der um zwei Prozentpunkt erhöhten Kreisumlage, dem Investitionsprogramm 2025, dem Beteiligungsbericht 2025 und dem Wirtschaftsplan 2025 für den Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen zu.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit
Achim Jäger
Fraktionsvorsitzender